

AHV stärken – Die Schweiz nicht zu Tode sparen!

Erschien in der Basler Zeitung vom 17.07.03

Dr. rer.pol. Rudolf Rechsteiner, Nationalrat Basel-Stadt

„Die Schweiz steckt in einer teils globalen, zu weiten Teilen aber selbst verursachten strukturellen Nachfragekrise.“

Werner Vontobel: Horten und sparen – Tugenden, die die Schweiz erschlagen, Cash 23.Mai 2003.

Die Schweiz leidet unter zu hohen Ersparnissen. Besonders seit Mitte der 90er Jahre wird signifikant weniger konsumiert und investiert, dafür wandert umso mehr Geld auf die hohe Kante.

Der Sparüberschuss (Differenz zwischen Neuersparnis und Investitionen) erreichte im Jahr 2000 den Rekordwert von 12,8 Prozent des Bruttoinlandprodukt und liegt damit mehr als doppelt so hoch wie in den 80er und viermal so hoch wie in den siebziger Jahren.

Sparüberschuss der Schweiz in % Bruttoinlandprodukt

Zeitraum	Überschuss In % BIP	In Millionen Franken ¹
50er Jahre ²	2,17	567
60er Jahre	-0,33	58
70er Jahre	2,67	3840
80er Jahre	4,37	10 524
90er Jahre	8,57	31 689
1995	7,1	25 823
1996	7,6	27 673
1997	10,1	37 422
1998	9,9	37 545
1999	11,8	45 716
2000	12,8	51 850
2001p	8,8	36 382

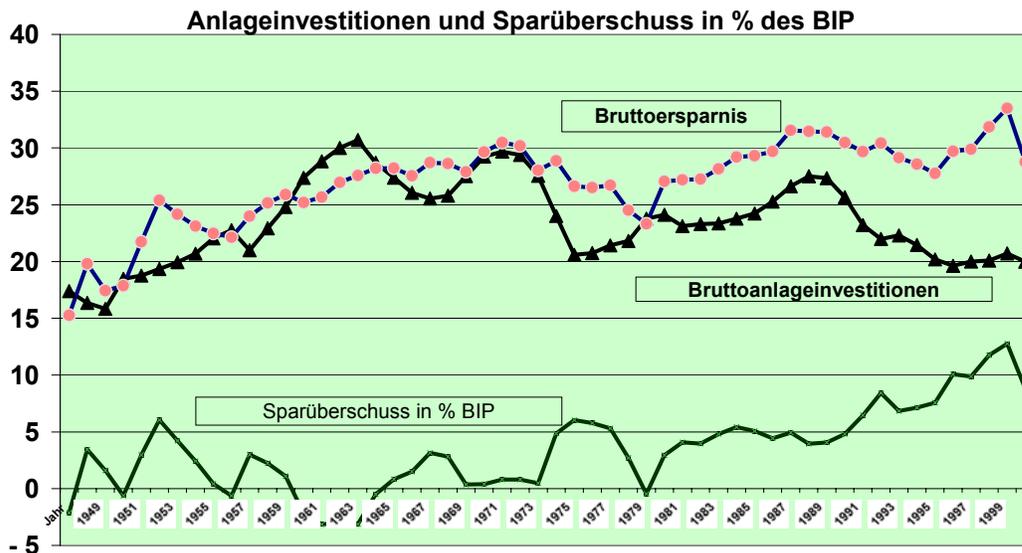
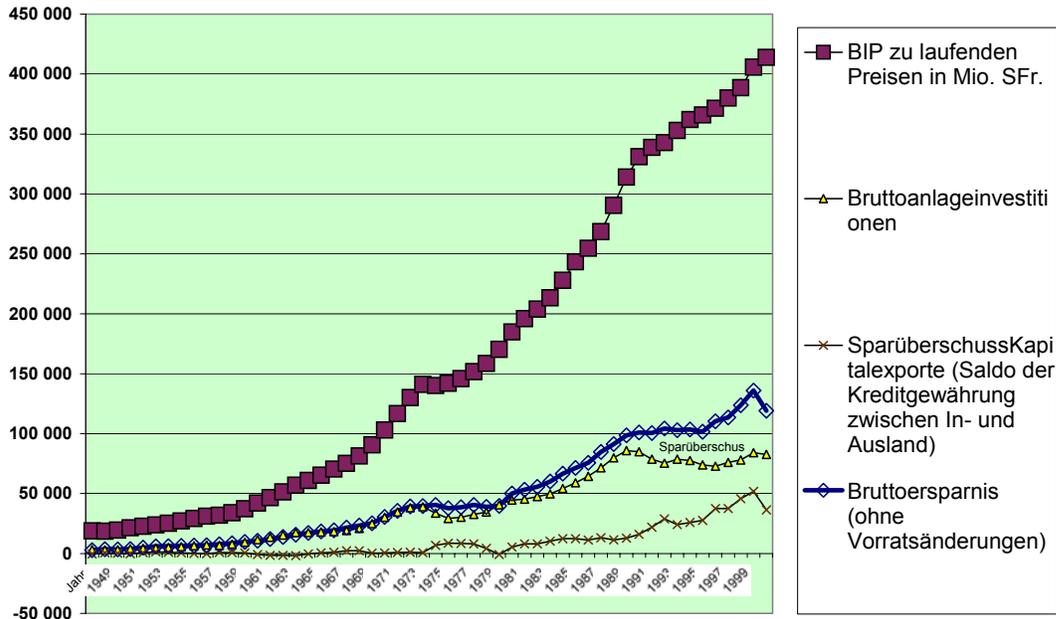
(Daten: Bundesamt für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)

¹ Zu laufenden Preisen

² (Mittelwert Jahrzehnt)

Bruttoinlandprodukt, Ersparnis, Investitionen

zu laufenden Preisen, Mio. SFr.



Die steigende Sparquote bei sinkenden Investitionen hat zur Folge, dass private und institutionelle Anleger unter akuter Anlagenot leiden. Die Zinsen liegen auf einem historischen Tiefststand, wir bewegen uns am Rande einer Deflation, und niemand kann die Frage beantworten, wo das Sparkapital für die Renten sinnvoll investiert werden kann.

Eine Ursache der Wachstumsschwäche lässt sich klar identifizieren: Es wird zu wenig konsumiert. Das extreme Sparen wird für die Wirtschaft zur Belastung („japanische Krankheit“), die ohne Reformen noch lange Schaden anrichten wird.

Die Anlagennot hat auf den Kapitalmärkten zur Folge, dass regelmässig spekulative Strohfeuer entstehen: stark steigende Kurse mit anschließendem Zusammenbruch auf dem Immobilienmarkt (1970-90, Krise ab 1991) und an der Aktienbörse (1985-99, Baisse seit 2000). Eine solide Verwendung der gesparten Mittel ist ohne starkes Wachstum der privaten oder staatlichen Investitionen unmöglich.

Der hohe Konsumverzicht ist massgeblich im staatlich verordneten Zwangssparen der 2. Säule und in der 3. Säule begründet. BVG-Obligatorium, Überobligatorium und steuerbegünstigtes Sparen führen zu einer Nettovermögensbildung in der Grössenordnung von 25 Mrd. SFr. pro Jahr.

Demgegenüber operiert die AHV nach dem Umlageverfahren. Die Leistungen werden als Renten und nicht in Form von Kapitalleistungen ausbezahlt. Die Renten werden in derselben Periode konsumiert und finanziert, sei es durch Lohnprozente, Mehrwertsteuer und Beiträge der öffentlichen Hand. AHV-Defizite wirken in der Krise stabilisierend, während die 2. Säule die volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte verstärkt.

Umlageverfahren stärken

Eine tiefe Staatsquote gehört zwar zu den Fundamenten der bürgerlichen Ideologie. Wenn eine Wirtschaft nur noch wenig wächst, führen Ersparnisse jedoch nicht zu einer Vermehrung des Reichtums – im Gegenteil. Überschüssige Kapitalbildung senkt die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern. Gleichzeitig verschlechtern sich die Kapitalrenditen auf dem Vorsorgevermögen. Mit dem angesparten Deckungskapital kann immer weniger gekauft werden, was sich in der Erosion der Versicherungskonditionen der 2. Säule spiegelt.

Unsere Dienstleistungswirtschaft braucht immer weniger Kapital. Der Sparüberschuss muss deshalb im Ausland angelegt werden. Damit die Schweiz ihre kapitalgedeckte Vorsorge durchführen kann, müssen sich andere Länder zunehmend verschulden. Die Pensionskassenbilanzen unterliegen in wachsendem Masse neuen Währungsrisiken. Milliarden

gingen bspw. durch Anlagen im Dollarraum in den letzten Monaten verloren.

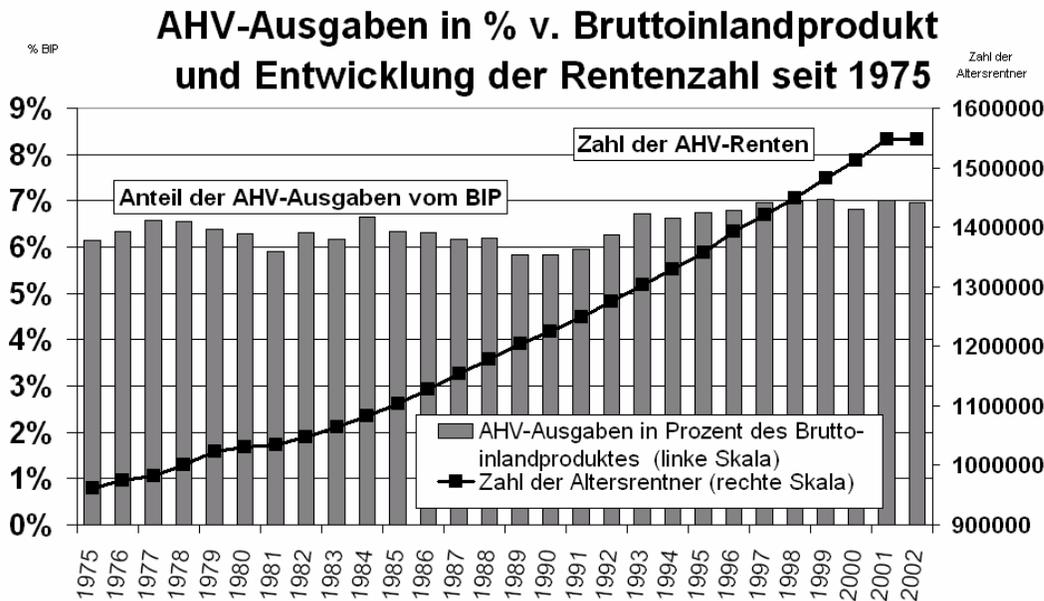
Die 2. Säule, gekoppelt mit dem Sparprogramm und der Schuldenbremse des Bundes den „Anschluss-Sparprogrammen“ der Kantone und Gemeinden sowie der Ausfinanzierung vormals staatlicher (teilumlagefinanzierter) Pensionskassen werden für die Schweiz zur Hypothek. Die seit 1990 andauernde Wachstumsschwäche wird auf unbestimmte Zeit verlängert.

Konjunkturkiller Couchepin – Verunsicherung schadet

Volkswirtschaftlich schädlich ist es, in der aktuellen Situation die ältere Generation mit AHV-Leistungskürzungen zusätzlich zu verunsichern. Die provokativen Vorschläge von Bundesrat Couchepin (Abschaffung Mischindex und höheres Rentenalter) verschlechtern die Konsumentenstimmung breiter Schichten der Bevölkerung und verstärken das Angst-Sparen.

Als Teil einer ausgewogenen Wachstumsstrategie müsste unsere Landesregierung stattdessen das Umlageverfahren stärken und die überbordende Kapitalbildung durch das Zwangssparen überdenken bzw. lockern, zum Beispiel durch eine massvollere Steuerbefreiung der 2. und 3. Säule. Jegliche Schwächung der AHV ist sozial- und volkswirtschaftlich zu vermeiden.

Alterung der Bevölkerung ist nichts Neues



Die Alterung der Bevölkerung ist ein Prozess, der schon seit Jahrzehnten zu beobachten ist, ohne dass dieser Wandel volkswirtschaftlich zu grösseren Verwerfungen geführt hätte. **Von 1975 bis 2002 stieg die Zahl der AHV-Altersrentnerinnen und -Rentner um 61 % von 961'000 auf 1'547'000 an. Die AHV-Ausgaben lagen in dieser Periode stabil zwischen 6 und 7 Prozent des Bruttoinlandproduktes.**

Möglich wurde dies dank steigender Produktivität der Arbeit und dank Wirtschaftswachstum: real wachsende Löhne, steigende Erwerbsquote und die kalte Degression³ der Leistungen hielten die AHV im Gleichgewicht.

Die Zahl der Rentner wird bis ca. 2035 noch weiter ansteigen. Diese Entwicklung der Demographie erzeugt – *unabhängig vom Finanzierungsverfahren* (Kapitaldeckungsverfahren oder Umlageverfahren) – zusätzliche Kosten. Altersrenten müssen *immer* über Prämien, Zinszahlungen oder sonstigem Konsumverzicht (Kauf von Kapitalgütern) von der aktiven Generation finanziert werden.

Priorität Wirtschaftswachstum

³ Von kalter Degression spricht man, weil die Rentenanpassungen nach Mischindex nur zu 50% an die Lohnentwicklung angepasst werden. Der reale Wert der AHV-Rente im Verhältnis zum letzten Lohn von Neurentnern ist deswegen rückläufig.

Wichtig ist dabei, dass ein Finanzierungsverfahren zum Tragen kommt, welche das Wachstum der Wirtschaft nicht blockiert. Ein Leistungsabbau in der AHV ist dabei nicht nur sozial ungerechtfertigt, sondern vor allem volkswirtschaftlich kontraproduktiv:

- Tiefere AHV-Renten schwächen die Einkommen gerade jener Betagten, die eine hohe Konsumneigung aufweisen.
- Tiefere AHV-Renten leisten einem Anstieg der Sparquote Vorschub, denn die Aktiven werden versuchen, die Rentenausfälle durch Selbstvorsorge (=zusätzliches Sparen) zu kompensieren.
- Vor einem Übersparen der Schweiz warnen seit langem auch internationale Organisationen (zB. IWF⁴). Überschüssige Ersparnisse führen bei fehlenden Investitionsmöglichkeiten nicht nur zu Rezession, sondern auch zu sinkenden Renditen. Im Extremfall kann die Kaufkraft nicht erhalten werden.
- Die Senkung der Staatsquote (Ersparnisse anstelle von staatlichen Transferleistungen) ist zwar ideologisch beliebt. AHV-Kürzungen führen jedoch unmittelbar zu sinkender Nachfrage und schwächen das Wirtschaftswachstum. Und ohne Wachstum unterliegen auch vermeintlich solide Kapitalanlagen einer negativen Kursentwicklung.
- Die Effizienz der 2. Säule ist wesentlich schlechter als jene der AHV: Neben hohen Verwaltungskosten entfallen die Produktivitätsgewinne, die in der AHV dank der späten Finanzierung der Renten wirksam werden.⁵
- Weil die 2. Säule durch die fortschreitende Umstellung auf Beitragsprimat, durch die Erosion des Umwandlungssatzes und des (früher teilweise gewährten) Teuerungsausgleichs an Leistungsfähigkeit einbüsst, kommt den misch-indexierten Leistungen der AHV eine wachsende Bedeutung zu. Das Postulat der Existenzsicherung durch die AHV (Art. 112 Bundesverfassung) muss deshalb ohne irgendwelche Abstriche erfüllt werden.

Die Untersuchungen des Bundes (IDAFiSo, IDA ForAlt) zeigen, dass bei mässigem Wirtschaftswachstum (1-1,5%) die AHV-Renten finanziert werden können, ohne dass das verfügbare Einkommen der aktiven Bevölkerung absinkt. Würde das Wirtschaftswachstum tiefer als 1% ausfallen, wäre es erst recht falsch, die Alterssicherung noch stär-

⁴ "Wenn in einer dynamisch effizienten Wirtschaft die Investitionen die Gewinne stets übersteigen, wird mehr in den Kapitalektor gezahlt als daraus zurückfliesst, und der Kapitalbestand erweist sich als eigentliche Fehlinvestition, d.h. er wird zur Nettobelastung ("net burden") für die Volkswirtschaft." IMF, International Monetary Fund: Switzerland, Selected Background Issues. SM/96/35, Preliminary Conclusions, Washington 1996

⁵ Mit anderen Worten: Wenn die Arbeitsproduktivität im Mittel 0,5 bis 1,5 % wächst, spart man bei einer Umlage-Finanzierung der Rente rund ein Drittel der Beiträge allein durch den späteren Zeitpunkt der Rentenbildung.

ker auf Kapitaldeckung (2. und 3. Säule) zu verlagern, da dann die Anlagenot noch grösser ausfällt.

Fazit

Es ist politisch und wirtschaftlich verantwortungslos, die Solidarität der Generationen durch immer neue, unrealistische Szenarien zu untergraben, die in der Substanz nichts Neues zur Diskussion beitragen im Vergleich zu dem, was man schon seit Jahrzehnten weiss.

Der Vorschlag einer Erhöhung des Rentenalters vermag an den grundlegenden Entwicklungen nichts zu ändern. Er verstärkt nur den verbreiteten Pessimismus und seine Umsetzung würde konkret nur die Arbeitslosenquote erhöhen und die Probleme der Invalidenversicherung vermehren.

Sollte die AHV in finanzielle Engpässe geraten, gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, die Solidarität unter den Generationen zu stärken, ohne dass die junge Generation übermässig belastet wird:

- Durch Zuwendungen aus den Gewinnen der Nationalbank
- Durch Einführung einer Erbschaftssteuer zugunsten der AHV
- Durch den Umstand, dass die Mehrwertsteuer auch von den Betagten mitfinanziert wird, leisten die gut Betuchten unter ihnen einen Finanzierungsbeitrag an die AHV leisten.

Statt die AHV schlecht zu reden sollte der Bundesrat die 2. Säule zurückstutzen und weitere Massnahmen, um die schwache Konsum- und Investitionsgüternachfrage zu stärken.

Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Zusammensetzung der Ersparnisse und der Investitionen									
Quelle: Konto 5									
Jahr	BIP zu laufenden Preisen in Mio. SFr.	Bruttoanlageinvestitionen	Sparüberschuss (Saldo der Kapitalexporte (Saldo der Kreditgewährung zwischen In- und Ausland)	Bruttoersparnis (ohne Vorratsänderungen)	Jahr	BIP in %	Bruttoanlageinvestitionen in %	Sparüberschuss (Saldo der Kreditgewährung zwischen In- und Ausland) in %	Bruttoersparnis in % BIP
1948	18 820	3 275	- 400	2 875	1948	100	17	-2.1	15.3
1949	18 580	3 040	640	3 680	1949	100	16	3.4	19.8
1950	19 580	3 100	315	3 415	1950	100	16	1.6	17.4
1951	21 460	3 965	- 130	3 835	1951	100	18	-0.6	17.9
1952	22 675	4 255	675	4 930	1952	100	19	3.0	21.7
1953	23 800	4 605	1 440	6 045	1953	100	19	6.1	25.4
1954	25 220	5 030	1 065	6 095	1954	100	20	4.2	24.2
1955	27 205	5 630	660	6 290	1955	100	21	2.4	23.1
1956	29 250	6 450	125	6 575	1956	100	22	0.4	22.5
1957	31 115	7 085	- 195	6 890	1957	100	23	-0.6	22.1
1958	31 990	6 715	960	7 675	1958	100	21	3.0	24.0
1959	33 975	7 790	760	8 550	1959	100	23	2.2	25.2
1960	37 370	9 270	410	9 680	1960	100	25	1.1	25.9
1961	42 040	11 510	- 915	10 595	1961	100	27	-2.2	25.2
1962	46 620	13 440	-1 465	11 975	1962	100	29	-3.1	25.7
1963	51 265	15 385	-1 555	13 830	1963	100	30	-3.0	27.0
1964	56 825	17 450	-1 775	15 675	1964	100	31	-3.1	27.6
1965	60 860	17 465	- 300	17 165	1965	100	29	-0.5	28.2
1966	65 355	17 905	540	18 445	1966	100	27	0.8	28.2
1967	70 350	18 325	1 055	19 380	1967	100	26	1.5	27.5
1968	75 120	19 195	2 370	21 565	1968	100	26	3.2	28.7
1969	81 395	20 995	2 300	23 295	1969	100	26	2.8	28.6
1970	90 665	24 955	330	25 285	1970	100	28	0.4	27.9
1971	102 995	30 125	410	30 535	1971	100	29	0.4	29.6
1972	116 710	34 640	935	35 575	1972	100	30	0.8	30.5
1973	130 060	38 210	1 045	39 255	1973	100	29	0.8	30.2
1974	141 100	38 885	670	39 555	1974	100	28	0.5	28.0
1975	140 155	33 655	6 820	40 475	1975	100	24	4.9	28.9
1976	141 960	29 230	8 570	37 800	1976	100	21	6.0	26.6
1977	145 790	30 235	8 425	38 660	1977	100	21	5.8	26.5
1978	151 675	32 490	8 040	40 530	1978	100	21	5.3	26.7
1979	158 545	34 585	4 285	38 870	1979	100	22	2.7	24.5
1980	170 330	40 500	- 795	39 705	1980	100	24	-0.5	23.3
1981	184 755	44 560	5 430	49 990	1981	100	24	2.9	27.1
1982	195 980	45 300	8 010	53 310	1982	100	23	4.1	27.2
1983	203 865	47 500	8 075	55 575	1983	100	23	4.0	27.3
1984	213 230	49 800	10 260	60 060	1984	100	23	4.8	28.2
1985	227 950	54 200	12 375	66 575	1985	100	24	5.4	29.2
1986	243 350	58 995	12 350	71 345	1986	100	24	5.1	29.3
1987	254 685	64 370	11 265	75 635	1987	100	25	4.4	29.7
1988	268 410	71 480	13 230	84 710	1988	100	27	4.9	31.6
1989	290 360	79 860	11 485	91 345	1989	100	28	4.0	31.5
1990	313 990	85 854	12 763	98 617	1990	100	27	4.1	31.4
1991	331 075	84 975	15 965	100 939	1991	100	26	4.8	30.5
1992	338 765	78 627	21 908	100 535	1992	100	23	6.5	29.7
1993	342 850	75 420	28 873	104 293	1993	100	22	8.4	30.4
1994	352 920	78 717	24 118	102 834	1994	100	22	6.8	29.1
1995	362 005	77 644	25 823	103 468	1995	100	21	7.1	28.6
1996	365 833	73 884	27 673	101 558	1996	100	20	7.6	27.8
1997	371 372	72 888	37 422	110 310	1997	100	20	10.1	29.7
1998	379 989	76 017	37 545	113 562	1998	100	20	9.9	29.9
1999	388 518	78 055	45 716	123 771	1999	100	20	11.8	31.9
2000	405 772	84 068	51 850	135 918	2000	100	21	12.8	33.5
2001p	413 866	82 677	36 382	119 059	2001p	100	20	8.8	28.8